

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Wegen! Sorgt überall für umfassende Agitation!

Dem Abschluß eines neuen Reichs- tarifvertrages.

Der im Herbst vorigen Jahres erfolgte Bündnis-
Reichstarifvertrages durch den Reichsbund der Ar-
beitsmalergewerkschaften fanden zuerst am 8. und 4. De-
ingehende Verhandlungen unter drei Parteien statt,
wir in Nr. 61/62 des „Maler“ ausführlich berichtet
am 11. und 12. März wurden nun die Verhand-
tgeheft. Da es hierbei über die wichtigsten Fragen
Einigung kommen konnte, wurde ein Schiedsgericht
bestehend aus den Herren Senatspräsident
tthal, Minister a. D. Wissell und Dr.
Nach viertägigen weiteren Verhandlungen wurde
dspruch gefällt, der rechtsverbindlich wird, wenn
8. März kein Einspruch erfolgt.

Den Verlauf der Verhandlungen wird in der
Nummer des „Maler“, nachdem inzwischen die
Formulierung der getroffenen Abmachungen vor-
nähere berichtet werden.

Sozialen Machtfaktoren der Gegenwart.

Agitationsstätigkeit in unsern Kollegenkreisen zu för-
klärung über unsere organisatorischen Arbeiten zu
muß stets eine unserer vornehmsten Aufgaben
dürfen nicht nutzlos werden auf dem steilen Wege
nen Aufstiegs. Gerade die Gewerkschaftsbewegung
f nicht gemein haben mit Zweifeln und Ver-
den Gewerkschaftsarbeit ist zu-
eudige, hoffnungsvolle Arbeit.
le waren sicher nicht in allen lebendig, die den
Gewerkschaften bisher folgten, und doch waren
in Endes, die das Vorwärtsschreiten ermöglichten
Wegen aufgehäuften Schwierigkeiten überwinden

schon viele von Idealismus besetzte Bewegungen
rde gegangen und lange hat es gedauert, ehe sich
n ihnen Geltung verschaffen konnten. Wir er-
nur an das Christentum. Es vergingen Jahr-
he man das Christentum als Machtfaktor an-
unte. Ist demgegenüber die Arbeiterbewegung
nem viel rascheren Tempo vorwärts gestürzt?
60 Jahre genügt, um die politische Macht der
e in fast allen Ländern ungeheuer erstarken zu
d wirtschaftlich? Ueberall, wo Lohnarbeiter zu
hat der gewerkschaftliche Gedanke Fuß gefaßt.
es uns für die Zukunft bange sein? Mit nichten!
ie Gewerkschaftsbewegung selbst an-
if sie zu einem achtunggebietenden Faktor in den
n Industrieländern geworden. In Deutschland,
ngland, den norwegischen Staaten, der Schweiz
ehoslowakei sind die Gewerkschaften als die erste
des Landes anzusprechen. Um bei Deutschland
so kann ernsthaft nichts von irgend einer Seite
en werden, ohne daß die Gewerkschaften nicht ihr
en. Zwar war es Demagogie, wenn Jahre hin-
ner Nebenregierung der Gewerkschaften gesprochen
noch war etwas Wahres an dieser Behauptung.
schaften waren der geschlossene Block organisierter
n zu umgehen man sich nicht wagte. Trotzdem
der organisierten Gewerkschaftsmitglieder, durch
n etwas gelichtet, trotzdem behnt sich diese Groß-
wie vor über das ganze Land. Ein Heer von
Personen in allen Gegenden Deutschlands steht
dieser Großmacht. Die Zeiten sind vorbei, wo
von jedem Unternehmer geschunden werden
die Gewerkschaftsbewegung ist der stärkste Machtfaktor,

den die vereinte und organisierte Arbeiterklasse sich zu schaffen vermochte.

Daneben gibt es andere, von denen wir zuerst die Ge-
nossenschaftsbewegung nennen möchten. Von den
Samenkörnern, die die mutigen Pioniere von Rochdale vor
80 Jahren austreuten, ist auch in Deutschland eins zu einem
riesigen Baum geworden. Der Zentralverband deutscher
Konsumvereine ist eine mächtige Organisation, 4,5 Millionen
Mitglieder vermochten die ihm angehörenden Konsumvereine
in sich zu vereinigen. Konsumvereine, wie die „Produktion“
in Hamburg, die Konsumgenossenschaft in Berlin, der Kon-
sumverein Leipzig-Plagwitz und andere sind Machtfaktoren
von großer Bedeutung und bedeuten für den Sozialismus
mehr als Tausende schöne Reden und Beschlüsse. Gerade
in der jetzigen Zeit besitzt der Konsument eine ungeheure
Macht; diese Macht zu organisieren, dazu sind die Konsum-
genossenschaften berufen. Würden sie die nötige Unter-
stützung finden, würden die Arbeiter erkennen, was sie als
vereinigte Konsumenten zu tun vermögen, dann müßten die
Konsumgenossenschaften zu Riesengebilden werden, denen sich
das Privatkapital nicht gegenüberstellen vermöchte. Die
Genossenschaften sind neben der Gewerkschaftsbewegung, die
beide miteinander seelenverwandt sind, die stärksten Machtfak-
toren der Gegenwart. Sie noch stärker, ja unüberwindlich
zu machen, liegt im Interesse aller Arbeiter.

Bei dieser Betrachtung darf ein neuer Zweig nicht ver-
gessen werden, der der Arbeiterbewegung entsprossen ist. Das
sind die sozialen Baubetriebe. Sie können weder
als Genossenschaften gelten, noch sind sie in ein anderes be-
quemes Schema zu pressen. Die sozialen Baubetriebe sind
von den maßgebenden Gewerkschaften aufgezogene Betriebe
und bei weiterem Wachstum durchaus in der Lage, das Bau-
gewerbe maßgebend zu beeinflussen. Die Bauhütten beschäf-
tigen in der verflochtenen Konjunktur nicht weniger als
20000 Arbeiter. Baumerke in allen Gegenden Deutschlands
legen Zeugnis davon ab, daß zu einer soliden und geschmack-
vollen Bauweise die sozialen Baubetriebe durchaus allen Auf-
gaben gerecht werden. In der Bauhüttenbewegung ist die
Selbstverwaltung der Produktion durch die im Baugewerbe
beschäftigten Kopf- und Handarbeiter und ihren Organi-
sationen angebahnt. „Das weitere Ziel der Bauhütten“, so
erklärte der Genosse Ellinger auf dem Gewerkschaftskongresse
sehr treffend, „ist die Erziehung des privatkapitalistischen
Eigentums an Produktionsmitteln durch Kollektiveigentum,
die demokratische Selbstverwaltung des Baugewerbes durch
die in den Gewerkschaften organisierten Kopf- und Hand-
arbeiter und eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. In
der Bauhüttenbewegung sollen die Arbeiter nicht nur Objekt,
sondern auch Subjekt in der Wirtschaft sein.“ Die Arbeiter-
schaft hat alle Ursache, diesem jüngsten Machtfaktor der or-
ganisierten Arbeiterbewegung Beachtung zu schenken. Wenn
eins dazu den Ansporn gibt, dann die wütende Bekämpfung
der Bauhütten durch die Unternehmer.

Weiter besteht noch eine Gründung des Allgemeinen
Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes und des
Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die sich prächtig an-
läßt und zu den größten Hoffnungen berechtigt: die Bank
der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Die Arbeiterbank hat
Schwestern in andern Ländern, die ihr ein gutes Beispiel geben,
deren Voraussetzungen dennoch nicht ohne weiteres nach
Deutschland übertragen werden können. Hier ist der Boden viel
schwieriger als beispielsweise in dem reichen Amerika. Doch die
Arbeiterbank marschiert. Sie hat jetzt angefangen, ein Netz von
Zahlstellen über das ganze Reich zu spannen. In Hamburg,
Frankfurt, München usw. wurden Filialen errichtet. Dies alles
zu dem Zweck, die von der Arbeiterbank erübrigten Gelder zu
sich heranzuziehen. Die Gelder der Arbeiterbank sollen auch im
Dienste der Arbeiterbank verwandt werden. Das ist das Ziel der
Arbeiterbank.

Welche Perspektiven eröffnen sich hier? Die Ersparnisse der
Arbeiterbank und die Gelder der Gewerkschaften und anderer
Organisationen an einer Stelle vereinigt, ergibt eine ge-
waltige materielle Macht, so daß die Zukunft der gewerkschaft-
lichen Kämpfe ein ganz anderes Fundament erhält. Die
Arbeiterbank kann zum finanziellen Nervenzentrum der ge-
samten Arbeiterbewegung werden. Und schon darin liegt ihre
große Bedeutung als Machtfaktor der Gegenwart und der
Zukunft.

Wir haben eine Reihe wirtschaftlicher Faktoren der mo-
dernen Arbeiterbewegung aufgezählt, zu denen auch die
„Volksfürsorge“ hinzuzufügen wäre. Jede von den
aufgezählten Machtzentren für sich und alle miteinander er-
möglichen der Arbeiterbank eine erhöhte Kraftentfaltung zur
Erweiterung ihres Lebensstandards und zur endgültigen
Niederringung der kapitalistischen Gesellschaft. Darum erwächst
nunmehr allen Arbeitern die Pflicht, diese sozialen Machtfak-
toren aufs tatkräftigste zu unterstützen und in dem Ringen
um die Macht nicht zu ermüden.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Seit Anfänge einer Besserung auf dem beruflischen
Arbeitsmarkt waren gegen das Ende des Monats Februar
unberkenbar, dennoch ist die Lage für unsere Berufs-
angehörigen immer noch ungünstiger als am Jahreschluss.
In 162 Filialen, von denen die Berichtskarte rechtzeitig
eingesandt wurde, sind am Monatsende von 40 144 (davon
217 weiblichen) Mitgliedern 12 840 männliche
und 28 weibliche, zusammen 12 868 oder 32 vom
Hundert unserer gesamten Mitgliedschaft
arbeitslos gewesen. Dieses Ergebnis zeigt zwar einen Fort-
schritt gegen den Stand am Ende des Monats Januar,
wurde aber in den langen Jahren, seit die monatlichen Er-
hebungen vorgenommen werden, nur 1924 übertroffen, wo die
Auswirkungen der Inflation alles geschäftliche Gebaren erlödet
hatten. Da die Folgen noch lange nicht überwunden sind,
wirkt die jetzige Krise um so verheerender. Die günstigeren
Verhältnisse der beiden vorangegangenen Jahre haben bei
weitem nicht ausgereicht, die wirtschaftlichen Schäden auch
nur einigermaßen auszugleichen, von denen die deutsche Ar-
beiterschaft und unsere Berufsangehörigen im besonderen
heimgesucht waren. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit
seit Anfang 1925 unterrichtet die nachstehende Uebersicht:

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Januar ..	150	147	36 404	37 107	4 408	14 507	12,1	39,1
Februar ..	142	152	35 572	40 144	2 194	12 868	6,2	32,0
März	128	—	34 405	—	677	—	1,9	—
April	133	—	35 713	—	231	—	0,6	—
Mai	131	—	35 765	—	112	—	0,3	—
Juni	140	—	38 817	—	280	—	0,7	—
Juli	116	—	38 109	—	336	—	0,9	—
August ...	135	—	38 037	—	781	—	2,1	—
September	136	—	40 534	—	1 400	—	3,4	—
Oktober ..	140	—	39 416	—	2 789	—	7,1	—
November	146	—	41 390	—	6 990	—	16,9	—
Dezember	145	—	38 110	—	11 850	—	31,1	—

Außerdem wurden 2027 männliche und 26 weibliche
Berufsangehörige ermittelt, deren Arbeitszeit bis
zu 25 und mehr Stunden die Woche verkürzt war. Dabei
ist die verkürzte Winterarbeitszeit im Baugewerbe nicht
mit in Rechnung gestellt.

Es ist erfreulich, daß sich die Konjunktur für das Maier-
gewerbe in den letzten beiden Wochen wesentlich gehoben hat.
Wie alljährlich, werden vor Ostern eine Menge von Privat-
arbeiten in Auftrag gegeben, die unsern notleidenden Kollegen
den lange ersehnten Verdienst bringen werden. In Anbetracht
der wirtschaftlichen Notlage sind die Bestrebungen vieler Un-
ternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit und auf Gerab-
festung der ohnehin ungenügenden Löhne geradezu expresse-
risch zu nennen. Sie werden an dem einmütigen und ge-
schlossenen Widerstande unserer Organisation ebenso scheitern
wie die Forderungen des habgierigen Fürstentums am
Willen des deutschen Volkes zerbrechen müssen.

Nicht oder nicht rechtzeitig berichtet haben die Filialen: Forst, Landsberg a. d. W., Liegnitz und Schneidemühl vom 1. Bezirk; Gschwepe vom 2. Bezirk; Celle, Eughaven, Lüneburg, Oldenburg und Neudenburg vom 3. Bezirk; Bielefeld, Hamm, Lüdenscheld, Oehnhäusen und Siegen vom 4. Bezirk; Waggberg und Naumburg vom 5. Bezirk; Ronstang und Pforzheim vom 6. Bezirk.

Konferenz der Sozial-Malereibetriebe.

Am 8. und 9. März tagte in Hamburg eine Konferenz der Geschäftsführer der Sozial-Malereibetriebe und der den Bauhütten angeschlossenen Malereiabteilungen. Diese Tagung war im Juli des vergangenen Jahres vorbereitet und beschlossen worden (im „Maler“ Nummer 30 des Vorjahres berichteten wir davon) und sollte den Zweck haben, den Austausch der Erfahrungen und Gedanken über alle beruflichen, geschäftlichen und fachtechnischen Fragen in den Dienst der Weiterentwicklung der Sozial-Malereibetriebe zu stellen. Die von 27 Vertretern aus 24 Betrieben besetzte Konferenz, an der auch der Genosse Ellinger als Vertreter des Verbandes sozialer Baubetriebe teilnahm, hatte als Tagesordnungspunkte vorgesehen: 1. Die bisherige Entwicklung der sozialen Malereibetriebe; 2. Anregungen zur wirtschaftlichen Betriebsführung; 3. Künstlerische und fachgewerbliche Aufgaben; 4. Kalkulation, Materialeinkauf und Konkurrenzfähigkeit.

Kollege Streine gab einleitend in kurzen Zügen einen allgemeinen Überblick über die Ursachen, die zur Gründung von sozialen Betrieben führten, wie auch auf diesem Gebiet die Gewerkschaften nicht untätig bleiben konnten und sich nun ganz bestimmt, wenn auch unter Beachtung größter Vorsicht, für die Ziele dieser Bewegung einsetzen. Das enge Verbundensein der einzelnen Gewerkschaften mit den Betrieben ihrer Berufe bedinge aber auch bei den Malereibetrieben einen tieferen Einblick der Organisation in diese Betriebe, und so soll nebenbei auch diese Konferenz der Organisationsleitung den notwendigen Aufschluß geben. Vornehmlich aber liege es im Interesse der antwortenden Geschäftsführer, sich gegenseitig aus ihren reichen Erfahrungen zu fördern und Beziehungen zwischen den einzelnen Betrieben anzuknüpfen, um damit der ganzen Bewegung vorwärtszuhelfen. — Das schriftlich dargelegte statistische Ergebnis fand noch einige mündliche Ergänzungen und zeigte ein erfreuliches Bild der steigenden Bedeutung der sozialen Malereibetriebe. So umfaßt der Bericht 26 Betriebe mit 660 Beschäftigten. Davon sind 13 Betriebe selbständig, 13 andere sind an Bauhütten angeschlossen oder Abteilungen der Bauhütten. Die Zahl der Beschäftigten stieg bei den selbständigen Betrieben um rund 37 % während die Umsatzzumme eine Erhöhung von 66,3 % erfuhr. Ganz ähnlich zeigt sich die Entwicklung in den Malereiabteilungen der Bauhütten, deren Umsatzzumkehrung 99,1 % betrug. Die noch am Jahresabschluss vorliegenden Aufträge lassen auch für das neue Geschäftsjahr einen günstigen Abschluß erwarten. — Ueber wirtschaftliche Betriebsführung referierte Kollege Junge, der Geschäftsführer der Malereigesellschaft Hamburg, der durch seine langjährige, erfolgreiche Tätigkeit für diesen Betrieb in der Lage war, in kurzen Strichen alle für die wirtschaftliche Betriebsführung notwendigen Faktoren scharf zu umreißen und an praktischen Beispielen den Weg zum Erfolg zu zeigen. Das Ziel eines jeden sozialen Betriebes müsse sein, nach und nach bei stetiger Entwicklung der wichtigsten, leistungsfähigste, am besten und modernsten eingerichtete Betrieb innerhalb seines Gebietes zu werden, und dazu kann man nur durch wirtschaftliche Betriebsführung kommen. — In der Aussprache fand der Vortrag Junge's noch einige Ergänzungen, in denen die Erfahrungen aus den einzelnen Betrieben zum Ausdruck kamen. — Den Vortrag über künstlerische und fachgewerbliche Aufgaben

hielt Kollege Heine mann, der Schriftleiter des „Fachblatt der Maler“. Ohne die praktische geschäftliche Seite außer acht zu lassen, gab der Vortragende ein Bild von den Aufgaben, die auf dem kunstgewerblichen Gebiet von den sozialen Malereibetrieben zu lösen sind, ja, die eine besondere Pflicht dazu haben da die gesunde finanzielle Grundlage der gemeinnützigen Betriebe und das von ihnen angestrebte Ziel am meisten dazu befähigen. Man soll auch nicht sein Arbeitsfeld beschränken auf Aufträge aus sozialen Baubetrieben und ähnlichem, sondern den Weg zu der privaten Kundschaft suchen. Ebenso soll man bei der Auswahl der ausübenden Kräfte keine Inzucht entstehen lassen. — Die lebhafteste Aussprache zu diesem Vortrag zeigte alle die Schwierigkeiten, die einer Befolgung der von Heinemann gezeigten Richtung entgegenstehen, war aber im Allgemeinen der Auffassung, daß der Weg trotzdem beschritten werden muß. — Ueber Kalkulation, Materialeinkauf und Konkurrenzfähigkeit sprach Kollege Stein, Geschäftsführer der Malerhütte Berlin, der an zahlreichen Beispielen aus der täglichen Praxis das Wesen einer guten Kalkulation erläuterte und auch für die Errechnung der örtlich verschiedenen Unkostenfähige bestimmte Vorschläge machte. Der hohe Materialverbrauch von rund 580 000 kg, wie ihn die Statistik zeigt, veranlaßte Stein, die gemeinsame Materialbeschaffung anzuregen, die wesentlich mit zur Konkurrenzfähigkeit der sozialen Malereibetriebe beitragen würde. — Besonders die letzte Anregung wurde lebhaft diskutiert, ohne aber vorläufig eine bestimmte Regelung herbeizuführen, da die Stellung der einzelnen Betriebe dazu erst noch geklärt werden muß. — Dem Vertreter des Verbandes sozialer Baubetriebe, dem Genossen Ellinger, war während der Diskussionen mehrfach Gelegenheit gegeben, die Stellung des VEB zu den einzelnen Fragen klarzulegen und sich zu den aus einzelnen Betrieben und Malereiabteilungen kommenden Wünschen über die Zusammenarbeit der Betriebe mit dem VEB, wie auch die der Malereiabteilungen in den Bauhütten zu äußern, so daß auch in den Beziehungen zueinander eine Besserung zu erwarten ist.

Das gesamte Ergebnis der Konferenz, zu der am zweiten Tage noch eine Ausstellung von Skizzen und Entwürfen der Betriebe Hamburg und Berlin kam, nachdem am Tage zuvor die Kunstfabrik Stützengrün der GGB ihre Fabrikate ausgestellt hatte, faßte Kollege Streine kurz zusammen und zeigte an dem Verlauf der Konferenz und der von ihr geleisteten Arbeit ihre Notwendigkeit. Das nicht gleich auf der Hand liegende Ergebnis wird sich in den Betrieben auswirken, wird den einzelnen Betrieben in seiner Entwicklung befruchten und der gesamten Bauhüttenbewegung nützliche Dienste leisten. Die bisherige erfolgreiche Tätigkeit der Betriebe berechtige zu weiteren guten Hoffnungen, und wenn auch noch manche Unbelstände vorhanden sind, so werden sich auch diese mit gutem Willen überwinden lassen. Der gesunde Kern der Bewegung zeigt sich an ihrer Ausbreitung und Vertiefung. Auch die Konferenz war gute Arbeit auf diesem Gebiet.

Aus unserm Beruf

Karlsruhe. In der letzten Versammlung erstattete Kollege Smura den Geschäfts- und Kassenbericht. Er ging nach kurzem Rückblick auf das Jahr 1924 auf die Verhältnisse im Berichtsjahre über, behandelte die Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit, verwies auf die vom VEB im Laufe des Jahres geführten Kämpfe, ganz besonders aber auf die auf sozialpolitischem Gebiete. Weiter berichtet er über die vom Hauptvorstand zur wirtschaftlichen Besserstellung getroffenen Maßnahmen, so die Vorschläge zum Ausbau unserer Unterbringungseinrichtungen, die ja auch von der Generalversammlung in Dresden genehmigt wur-

den, über die Radiererkonferenz, den Kampf um Bereitstellung von Winterarbeit, den Ausbau der Closenfürsorge und ganz besonders um die Gleichsetzung unserer Kollegen in derselben. Sodann berichtet er im Jahre geführten Lohnverhandlungen. Es wurde unberührt gelassen, die Organisation weiter auszubauen und hier ist besonders zu erwähnen, daß für die eine Zentrale beim Hauptvorstand geschaffen, das Blatt der Maler“ gegründet und die Lehrlingsarbeit weiter ausgebaut wurde. So wie die Spitzen im so hat auch jede Filiale in ihrem Bereiche ihr Teil zu bewältigen. Bei uns waren in diesem Jahre 11 standstiftungen, davon 8 mit dem Bezirksleiter u Vertrauensleuten und eine mit dem Verbandsvorstand notwendig. In 12 Mitgliederberaternungen wurde richt über die Lage erachtet, Beschlüsse gefaßt u Lage im Verufe besprochen. Die einzelnen M angelegenheiten kamen in Werkstattversammlungen Erledigung. An 184 Tagen war der Geschäftsführer wärts im Zahlstellengebiet tätig. Neben der Versammlungs tätigkeit wurde in allen Orten, die der Filiale ange sind, auch die Hausagitation und die Einlassung diesen Tagen erledigt. Der Versuchung in g h hätte durchweg besser sein dürfen, da die zur Beza gestandenen Fragen, wie der Bericht von der K onferenz, Bericht von der Generalversammlung, b schaftliche Lage, Stellungnahme zur Kündigung des tarifes durch die Arbeitgeber, Arbeitsrecht, Bericht Lohnverhandlungen, Gesundheitsgefahren usw., von Interesse für jede n Kollegen gewesen wären. Ein lich umfangreiche Arbeit wurde in diesem Jahre in schaffung von Winterarbeit geleistet. Es m anerkannt werden, daß sich der Landesvorsitzende der geber, Herr Haag, in jeder Weise zur Verfügung hat und gemeinsam mit dem Kollegen Smura die entl den Stellen, wie Bürgermeister, Finanzministerium, bahnndirektion usw., aufgesucht hat, um diese Stellen zu überzeugen, daß Malerarbeiten für die Winter bereitgestellt werden müssen und daß die Ausführung Arbeiten, soweit sie Innenarbeiten sind, genau so sachmännisch ausgeführt werden können wie im E Die Bauarbeiter u k o m i s s i o n e n in diesem Jahre neu ins Leben gerufen und sind unsere dort überall vertreten. In der Lehrlingsfrag immer wieder darauf hingewiesen werden, daß unsere dieser Frage trotz genügender Aufklärung viel zu wen Verständnis entgegenbringen. Die Zahl der Lehrlinge verdoppelt. Fachkurse wurden in diesem Jahre Deloration, Holz und Schrift, abgehalten. Die Kurse gut besucht, doch wollen wir hoffen, daß die Betetung nächsten Jahre noch besser wird. Auch das Pa muß noch weitere Verbreitung erfahren; die Kollegen der Mühe unterziehen, die einzelnen Hefte richtig dieren, werden es bald nicht mehr missen wollen. In beiden zentralen Lohnbewegungen stieg der Lohn bei Beginn des Jahres auf 1,08 M am Schluß des 372,72 M. Für die Kollegen in der Industrie war beitsmöglichkeit in der ersten Hälfte des Jahres besonders gesucht waren gelernte Radierer. Trotdem Industrie ein Kollektivabkommen besteht, war es uns auch in der Lohnfrage Erfolge zu erzielen. So in den werken eine Erhöhung der Stunden- und Akkordbl 15 %, ohne ArbeitsEinstellung. Bei Ritter & Wieb falls 15 %; doch mußten hier unsere Kollegen den aufnehmen, der allerdings nur einen Tag dauerte. Hier dauerte der Kampf bei der Feuerwehrgeschäftfabrik 6 Wochen, bis die Streikbrecher zur W stellen, 6 Monate. Unsere Kollegen wurden aber all anderweitig untergebracht. Auch hier hatten wir einen Erfolg. Auf gesundheitlichem Gebiete wurde in diese

Die Eisenbahn als Kulturfaktor.

Die Lokomotive hat mehr getan, um die Menschen zu vereinigen, als alle Dichter, Philosophen und Propheten vor ihr seit Beginn der Welt! Thomas Buch zur ersten Lokomotive.

Wenn wir heute von einer Weltwirtschaft sprechen, wenn in Europa das Problem der Vereinigten Staaten von Europa die Gemüter erhitzt dann haben wir diese kolossale Entwicklung des größten Revolutionärs aller Zeiten in erster Linie der Lokomotive zu verdanken. Sie war es, die Länder und Völker einander näherbrachte, die Raumverhältnisse und Entfernungen ihren Schrecken nahm und jenes enge Band unter den verschiedenartigsten Völkern herstellte, das wir heute in der geschlossenen Weltwirtschaft vor uns sehen. Im Vorjahre feierte das Dampfraz sein hundertsten Geburtstag. Im Jahre 1930 werden es hundert Jahre, wo die erste Bahn, die dem Personenverkehr diente, die Liverpool-Manchester-Bahn, eröffnet wurde. Die Ludwigsbahn von Nürnberg nach Fürth eröffnete den Eisenbahnverkehr in Deutschland, der 1838 die Bahnen von Berlin nach Potsdam und von Düren nach Ertrath folgten. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland, bauten ihre ersten Bahnen 1837, und in den nächsten Jahren schlossen sich weitere Staaten an.

In Deutschland ging der Bau von Eisenbahnen rasch vor sich, obwohl allerdings rückständige Leute sich dagegen stemmten. Als der damalige Generalpostmeister vor dem Bau der Bahn Berlin-Potsdam gestagt wurde, ob der Staat sich nicht am Bahnbau beteiligen sollte, antwortete dieser Gamaufentwurf: „Eisenbahnen bauen? Dummes Zeug! Ich lasse täglich dreizehnhundert Sechshünder von Berlin nach Potsdam fahren, und niemand ist drinnen. Nun wollen die Leute gar eine Eisenbahn nach dort bauen! Wenn sie ihr Geld nicht loswerden wollen, so werfen sie es doch lieber gleich zum Fenster hinaus, ehe sie es zu solchen unsinnigen Unternehmungen hingeben!“ Trotdem setzte sich die Entwicklung durch, und in den vierziger Jahren tauchten bald hier, bald da Dampfstraßen auf, die Bewohner in Angst und Schrecken jagten. Im dem Jahrzehnt von 1840 bis 1850 wuchs das Eisenbahnnetz in Frankreich um das Achtfache, in England um das Fünffache, und das Deutsche sogar um das Zwösfache. Die Lokomotive eroberte sich die Welt; vor keiner Landesgrenze konnte ihr Halt geboten werden.

Die Entdeckung der Eisenbahnen wirkte ungemein fruchtbringend auf die Industrie. Lokomotivfabriken mußten

gebaut werden. 1841 begannen die Firmen Borsig in Berlin und Maffei in München mit dem Bau von Lokomotiven. Hartmann in Chemnitz folgte 1847, und Henschel in Cassel 1848. Die eisenerzeugende Industrie wurde von der Entwicklung der Eisenbahnen ungeheuer befruchtet. Der Weg zum Großbetrieb war dadurch vorgezeichnet; denn das Walzen von Schienen, von Blechen, Stabeisen usw., die Fabrikation von Radsätzen, Achsen, Federn und anderes konnte nicht mehr in Klein- und Mittelbetrieben vor sich gehen. Die Umstellung der Eisenerzeugung in den Hochofen von der Holz- zur Kohlen- und Koksfeuerung erfolgte rasch.

Der Kohlenbergbau konnte sich nur erst entfalten, wo ein neuer Großverbraucher in der Lokomotive entstanden und die Kohle nicht mehr auf dem Wagen oder dem Rücken der Pferde nach entfernteren Gegenden, sondern auf dem Schienenwege gebracht werden konnte. Zu diesem riesenhaften Aufschwung der Großindustrie waren Hände notwendig; diese mußten aus allen Gegenden herangeschafft werden. Durch die Eisenbahn war diese Möglichkeit gegeben. Und so begann in den fünfziger Jahren jene proletarisierung Deutschlands, die das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie im Laufe eines halben Jahrhunderts so grundlegend veränderte, daß Deutschland zu einem der ersten Industriestaaten der Welt wurde. An diese Entwicklung schloß sich der Bau von Großstädten, Industriezentren usw. an. Kurzum, ein gab das andere, um dem Hochkapitalismus den Weg zu ebnen.

Der Warenverkehr nahm einen ungeahnten Aufschwung. Mit Hilfe der Eisenbahn konnte der Warenmarkt wesentlich verbreitert werden. Bis in die entferntesten Gegenden des Landes und darüber hinaus in alle Welt konnten die in der Industrie erzeugten Warenmengen vordringen. Dadurch wurden weitere Länderstriche erschlossen und deren Produkte in die Warenzirkulation der National- und Weltwirtschaft hineingezogen. Auch hier dieselbe Wechselwirkung.

So wurde mit und neben der Eisenbahn eine neue Welt aus dem Boden gestampft: die Welt des Kapitalismus mit seinen hervorragenden Waffen der Technik und Industrie. Einer der gewaltigsten Hebel bei dieser Entwicklung war die moderne Verkehr, wovon der Eisenbahn die Hauptrolle zu spielen. Zwar kamen andere Erfindungen der Eisenbahn zur Hilfe; wir erwähnen hier die Telegraphie, die Telephonie, und später die drahtlose Übertragung von Worten und Gedanken bis zum Radio, das den Höhepunkt bis jetzt darstellt.

Die Eisenbahn selbst ist in ihrer Verbollständigung ständig fortgeschritten. Das Eisenbahnnetz überziet fast alle Teile der Erde. Wie gewaltig ist der Unterschied zwischen den primitiven Personenzug der pool-Manchester-Eisenbahn von 1830 und den modernen Luxuszüge mit ihren eleganten Schlafspeisewagen, mit ihren Telephonzellen und Schreibzimmern. Heute kann man von einem Schnellzug der Welt in wenigen Minuten telephonisch verbunden sogar mit Reisenden anderer Schnellzüge oder auf Welt eine gewaltige Entwicklung innerhalb hundert und noch immer forsch der Menschengeist, noch immer die technischen Hilfsmittel zu verbessern. Was der Nationalökonom Friedrich List vor Jahrzehnten heute beinahe zur Tatsache geworden:

„Die Eisenbahn ist ein Heilwunder in der Wiege der Menschheit erlösen wird von all den Plagen des Krieges, Feuerungs- und Hungernot, des Nationalhasses, der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des Schlendens ihre Wohnstätten und Schächte beleben, die Felder bebauen und auch den niedrigsten ihrer Angehörigen Kraft und Willen geben, sich durch den Besuch fremder Länder zu entfremdeten Gegenden Arbeit und an fernem Heiligtümern Seegestaden Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu durch die neuen Transportmittel wird der Mensch endlich glücklicher, vermögendere und vollkommener Wesen. Man verliert sich ins Unendliche, wenn man die Wirkungen und Wohltaten dieser Göttergeschenke denkt.“

Und doch ist noch nicht alles erreicht, was die Zeit von der Ausbreitung der Eisenbahnen erhoffte. Der Nationalhass, der Hunger, die Arbeitslosigkeit sind verschwunden; noch kann nur ein kleiner Teil der Menschheit in fernen Ländern bilden oder an deren Heiligtümern und Erholung suchen. Der Kulturfaktor Eisenbahn mit seinen Geschwistern: Telegraph, Telephon, Radio großes vollbracht. Um aber diese Entwicklung weiter zu machen, um die ganze Welt zu einem wirklichen Welt zu machen, ohne Not und Tränen werden zu lassen, ist ein Kulturfaktor berufen, der moderne Arbeit und Kultur gung heißt. Nur durch deren Hilfe kann das zu werden, was die Eisenbahn vorbereitete: Die internationale Gesellschaft ohne Landesgrenzen, nicht der Mammon, sondern der Mensch herrscht.

Die Organisation so manches Kennenswerte in bezug auf die Unternehmung, Beschaffung von Rohstoffen, Kontrolle der Sprichapparate erreicht. So können wir da, wo die Organisation eine gute war, Erfolge feststellen, aber, wo die Kollegen glaubten, auch ohne Organisation ihren Lohn zu erhalten, haben sie manch bittere, leicht auch lehrreiche Erfahrung machen müssen. So die Firma Dierts & Worbeleski in Offenburg die ihre jede Verhandlung um 17 bis 28 % die Stunde zu erwähnen ist auch noch die Tätigkeit an Schlichtungsschüssen und Gewerbergerichten. Noch manche hundert wurden hier den Kollegen erlöst. Die Mitarbeiterlegierungen hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahre zu wünschen übrig gelassen. Ernste Zeiten liegen vor uns. Die Massenarbeitslosigkeit stellt hohe Anforderungen an die Gewerkschaften. Die Arbeitgeber verlangen längere Zeit und niedrige Löhne. Wir werden auch diese Krise überdauern, aber nur dann, wenn wir uns bewusst sind, daß die Stärke in der Kraft unserer Organisation liegt. Wenn wir trachten, wirkliche Kämpfer, wirkliche Gewerkschafter zu werden. In diesem Sinne hoffen wir, daß sich jeder Kollege zur Verfügung stellt. Damit auch wir Freude von uns sagen können, unsere Pflicht gegenüber Allgemeinheit und auch zu unserm Nutzen getan. In diesem Sinne vorwärts und aufwärts! Ferner ist zu erwähnen, daß, obwohl eine Verbesserung erzielt ist, immer noch Schulden bei der Hauptverwaltung sind. Um auch hier wieder Ordnung zu bewerkstelligen, wurde einstimmig beschlossen, vom 1. April an den Lohn um 10 % pro Woche zu erhöhen. — Die Verhandlung wurde mit Ausnahme des Sektionsvorstandes der der freiwillig ausschied, einstimmig wiedergewählt.

Ratgeber

Wie überall in Deutschland, liegt auch hier, im Rhein- und Moselbezirk, die Autoindustrie völlig da. Die besten Betriebe standen oder stehen heute noch unter Aufsicht. Einige haben sogar Konkurs anmelden müssen. Das Unternehmertum will uns nun plausibel machen, daß nur ein radikaler Lohnabbau Unternehmern und Arbeiterschaft vor dem Untergang retten würde. Sie verlangen von den Gewerkschaften die Zugabe zu einem Lohnabbau von 1,02 M auf 70 respektive 60 pro Stunde. Dieses Verlangen mußte von uns abgelehnt werden. Daraufhin wandte man sich an den Arbeitgeberverband, und dessen Vorsitzender, Herr Jurkiewicz, gegen die Stimmen der Arbeitgebervereine, teilnehmend einen Spruch, der einen Lohnabbau von 8 % pro Stunde vorsieht mit der Begründung, daß während der Blüte des Wirtschaftszweiges vereinbart wurden, nicht gehalten werden können, der betreffende Wirtschaftszweig völlig zusammengebrochen ist. Mit diesem Spruch konnten die Arbeitgeber nicht anfangen. Die Gewerkschaften nahmen eine ablehnende Stellung ein, weil wir ja im Augenblick nicht besser gesagt gar nichts unternehmen können, da die wenigsten Leute in den von uns erfassten Betrieben sind. Man versuchte dann, mit den Arbeitern Verhandlungen zu verhandeln, was aber scheiterte. Man gab man durch Aushang (aber nur in einem kleinen Bekanntheit) bekannt, daß wer nicht für 70 % pro Stunde arbeiten wolle, entlassen sei. Als die Arbeiter dieses Verlangens Papiere verlangten, war große Verärgerung, stellte sich heraus, daß nur der eine Betrieb der des Arbeitgeberverbandes folgte. Der Anschlag wurde zurückgezogen und angekündigt, daß alle Arbeiter für 70 % arbeiten wollten, vom 28. Februar an angesetzt würden. Nach neuntägiger Aussperrung trat die Organisation heran, um zu einer Verständigung zu gelangen. In Abwesenheit des Syndikus, Herrn Walter, haben am 10. März Verhandlungen stattgefunden. Der Vorsitzende erklärte, daß sämtliche Bewerber Konkurs anmelden müssen, wenn nicht die Arbeit aufgenommen werde. Zuerst versuchten die Unternehmer die Spitzenlöhne auf 90 % zu setzen. Als unter Umständen an dem Stundenlohn etwas nachgegeben werden sollte, die Leistungszulagen vorübergehend abzumachen nach längeren Auseinandersetzungen folgende Regelung zustande:

Das bisherige Lohnabkommen wird bis auf weiteres in Kraft gesetzt. Es bleibt den Betrieben vorbehalten, die Leistungszulagen abzubauen. Die Akkorde einer Neuregelung unterzogen werden. Bedingung! Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen. Die am 27. Februar 1926 zur Entlassung von Arbeitern werden, soweit Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, wieder eingestellt. Maßnahmen werden vorgenommen. Das Arbeitsverhältnis gilt als ununterbrochen.

Die weiteste Arbeitsgelegenheit für einzelne Arbeiter besteht, erhalten dieselben wegen Mangels an Arbeitsentlassungspapieren. Die Arbeitgeber verpflichten diese Arbeiter bei Bedarf bevorzugt wieder einzustellen.

Der Anschlag der Unternehmer wäre damit vorläufig erledigt. Unter dem 20. dieses Monats kündigte man den Rahmenvertrag mit der Begründung: „Die Wirtschaft kann es nicht verstehen, daß die Gewerkschaften gleichen Grundsatze, den sie bei günstiger Wirtschaft in bezug auf eine Erhöhung der Löhne stets Vordergrund gestellt haben, in Zeiten einer wirtschaftlichen Notlage, wie sie heute besteht, nicht aufgeben wollen.“ Die Arbeitgeberseite ist der Ansicht, daß nur dann ein Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften möglich ist, wenn dieselben den elementaren Forderungen, daß die Lohngestaltung ebenso, wie sie bei der Wirtschaftslage eine Steigerung erfährt, bei einer Wirtschaftslage eine entsprechende Senkung erfährt, in der Praxis gelten lassen und den Willen zeigen, ohne Erklärungen der Betriebe eine ungünstige Wirtschaftslage hiernach bei den Notwendigkeiten auf dem Wege tariflicher Verhandlung nachzukommen. Wenn dies nicht der Fall ist,

wie die Arbeiterschaft feststellt, so hat das Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften hiernach für die Wirtschaft jeden vernünftigen Sinn verloren und werden die Gewerkschaften sich mit den Folgen einer derartig kurzfristigen Einstellung abzufinden haben.

Die Lage in der Metallindustrie ist etwas besser, doch finden immer wieder Entlassungen statt. Die Gasmotorenfabrik Deutz arbeitet schon wochenlang 4 Tage und entläßt trotzdem immer noch Leute. Die Situation in der Industrie ist nach wie vor sehr ungünstig. Die Agitation unter den Lektoren ist außerordentlich schwer. Doch wollen wir nicht verzagen und immer wieder von neuem an die Arbeit herangehen, in der Hoffnung, daß auch die Kollegen in der Industrie wieder zu der Erkenntnis kommen, daß nur eine starke Berufsorganisation in der Lage ist, den Machtbestrebungen des Unternehmertums Einhalt zu gebieten.

Baugewerbliches

Wofür die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre Gelder verwendet. Man sollte glauben, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Gelder, die aus den Beiträgen der Versicherten eingehen, so verwenden würde, daß sie in erster Linie der Erhaltung und Stärkung des Arbeitsvermögens und der Gesundheit der Versicherten zugute kommen. Daß dies aber nicht der Fall ist, sondern daß diese Anstalt ihre Gelder vornehmlich den großkapitalistischen Unternehmern in Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung stellt, geht aus einem Artikel hervor, den der Vorsitzende des Afabynbes, Aufhäuser, in der „Bundeszeitung“ vom 1. März veröffentlicht. Nach seinen Angaben zeigen die amtlichen Zahlen der Verteilung der Kredite vom 1. Oktober 1925 bis 31. Oktober 1925, daß die deutschnationale Leitung die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu einem Bankinstitut für die großkapitalistischen Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft entwickelt hat. Diese Zahlen müssen jedem Leser beweisen, daß die Vertrauensleute des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die mit den Arbeitgebern zusammen auf Grund des vorgenommenen Wahlrechtsabstimmes die Mehrheit in den Verwaltungskörperschaften haben, an den vitalsten Interessen der Angestellten schimmigen Verrat geübt haben. Wir geben hier die amtliche Uebersicht:

I. Wertpapiere:		
1. Anleihen des Reiches und der Länder sowie deren Kreditanstalten	10 418 000	
2. Pfandbriefe und Obligationen	13 708 000	24 124 000
II. Darlehen:		
1. an Länder		12 821 000
2. an Gemeinden:		
a) für Wohnungsbau	33 908 000	
b) für sonstige Zwecke	28 158 000	60 061 000
3. an gemischtwirtschaftliche Betriebe	5 764 000	
4. an kurzfristige Anlagen		18 470 000
III. Hypotheken:		
1. auf städtische Grundstücke:		
a) Wohn- und Geschäftshäuser	26 875 000	
b) Siedlungen	9 194 000	
c) Seilanstalten usw.	10 535 000	46 604 000
2. auf landwirtschaftliche Grundstücke		47 153 000
3. auf industrielle Grundstücke		56 995 000
IV. Grundbesitz		868 000
		272 860 000

Diese Zahlen stellen die tatsächlichen Bewilligungen dar. Leider ist die Uebersicht nicht ganz durchsichtig gehalten. Immerhin zeigt sie die Entwertung der Versicherten mit erschreckender Deutlichkeit. Wenn den Gemeinden 60 Millionen Darlehen gegeben worden sind, so dürfte dagegen ein Einwand nicht bestehen. Voraussetzung freilich wäre, daß der überwiegende Teil der übrigen Kapitalanlage auch den Versicherten selbst, also vor allem in ihrer Eigenschaft als Siedler zugute gekommen wäre. Die Verteilung der Hypotheken, die sowohl wegen der Gesamtsumme, als auch wegen der Langfristigkeit der Anlage zur allgemeinen Beurteilung entscheidend sein muß, zeigt das Gegenteil einer solchen Voraussetzung. Von insgesamt 150 Millionen Hypotheken haben Industrie und Landwirtschaft nicht weniger als 104 Millionen bekommen, während dem städtischen Neubau nur knapp 27 Millionen, den Siedlern aber nur die Bagatelle von ganzen 9 Millionen Markt gewährt worden waren. Nach dem Bericht sind in den zwei Jahren überhaupt nur 248 Einzelsiedlern (!) Hypothekendarlehen gegeben worden. Von einer Gesamtanlage von 272 Millionen Markt hatte diese „soziale“ Versicherung 9 Millionen, das heißt 3 %, für Siedler übrig. Die Großkapitalisten in Landwirtschaft und Industrie haben von den gewährten Hypotheken fast 70 % für ihre privaten Zwecke in Anspruch nehmen können. Sie waren dabei noch nicht einmal an die mindeste soziale Bedingung hinsichtlich der Behandlung ihrer Angestellten und Arbeiter gebunden. Auf der anderen Seite werden täglich zahlreichen Angestellten kleine Hypothekengesuche ohne Angabe von Gründen bürokratisch abgelehnt.

Diese Mißwirtschaft in der Reichsversicherungsanstalt ist unerträglich geworden. Auf der einen Seite drängt die ganze wirtschaftliche und soziale Situation danach, alle Kräfte und die erschließbaren Kreditquellen dem Wohnungsbau, insbesondere dem Siedlungsweien zuzuleiten, und zu gleicher Zeit darf es sich die deutschnationale „Selbstverwaltung“ der Angestelltenversicherung erlauben, 100 Millionen Markt Vermögen an jene Kreise zu vergeben, die zum großen Teil die heutige Volksnot mit verschuldet haben.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat erst kürzlich sein starkes Interesse für die Förderung des Wohnungsbaues bekundet. Es liegt in seiner Macht, die längst angekündigte Wahlreform zur Angestelltenversicherung unverzüglich an den Reichstag zu bringen und durch beschleunigte Neuwahlen für die soziale Altersversicherung der Angestellten auch eine soziale Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Gewerkschaftliches

Der erste Internationale Sozialistische Jugendtag und der zweite Internationale sozialistische Jugendkongress werden an den Pfingsttagen in Amsterdam abgehalten. Der Jugendtag wird der erste internationale Jugendtag der sozialistischen Jugend-Internationale sein, der die Massen der dieser Internationale angeschlossenen sozialistischen Jugendverbände vereinigt. Das Programm des Jugendtages sieht u. a. Spiele im Beltlager, einen großen Demonstrationsszug, einen Fadelzug, durch Amsterdam und ein Fest in einem der Stadtparks vor, bei dem die verschiedenen Länder je eine Programmnummer feststellen werden. Angesichts der muster-gültigen Organisation der holländischen Jugendbewegung werden die beiden Veranstaltungen ohne Zweifel einen höchst eindrucksvollen Verlauf nehmen. Zur Tagesordnung stehen unter anderem die Punkte:

1. Die Tätigkeit der Sozialistischen Jugend-Internationale seit dem Hamburger Kongress. Referent: Erich Ollenhauer - Berlin.
2. Internationaler und nationaler Kampf für unser Jugendprogramm. Referent: Anton Rimpl - Wien.
3. Die Bedeutung der Kulturarbeit in der Jugendbewegung für den Sozialismus. Referent: Erich Ollenhauer - Berlin.
4. Die internationale Zusammenarbeit der Jugend als Mittel sozialistischer Friedenspolitik. Referenten: Richard Lindström - Stockholm und Arthur Tellej - England.
5. Das Verhältnis der sozialistischen Jugendorganisationen zu den bürgerlichen Jugendverbänden und zu den öffentlichen Einrichtungen für Jugendpflege und Jugendbewegung. Referenten: Max Westphal - Berlin und Josef de Graeve - Gent.

Gesellenprüfungen. Die Arbeiterkammer Bremen richtete an die Bremer Gewerkschaften folgende Vorschläge, die uns dringend beachtlich erscheinen:

„In einer Zusammenkunft der Gesellenvereine aller Berufszweige wurden Erfahrungen ausgetauscht, die in den letzten Jahren bei den Gesellenprüfungen gemacht worden sind. Die Aussprache hat ergeben, daß eine einwandfreie Gesellenprüfung nur dann zu erreichen ist, wenn das Gesellenstück nicht in dem Lehrbetriebe, sondern in einer andern Werkstatt hergestellt wird. In den Berufen, wo das Gesellenstück in der Lehrwerkstatt gemacht wurde, ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß der Lehrling das Gesellenstück nicht allein herstellte, sondern daß ihm der Meister, ein Geselle oder wegen der oftmals vorkommenden Spezialausbildung einzelner Lehrlinge andere Lehrlinge dabei halfen. Derartige Gesellenstücke sind nach Ansicht der Kammer für die Prüfung völlig wertlos. Da in Kürze wiederum Gesellenprüfungen stattfinden, richtet die Arbeiterkammer an die Gewerkschaften das dringende Ersuchen, doch ihrerseits dahin zu wirken, daß in allen Handwerksbetrieben die Möglichkeit geschaffen wird, das Gesellenstück nicht in der eigenen, sondern in einer fremden Werkstatt unter Aufsicht und Kontrolle eines fremden Meisters herzustellen. Wo es zugänglich ist, das Gesellenstück in der Handwerkerlehre herzustellen, ist dies dringend zu empfehlen. In allen andern Fällen müßten Sicherungen geschaffen werden, die eine ordnungsmäßige Gesellenprüfung nach der Gewerbeordnung gewährleisten.“

Kampf gegen die Tarifverträge. Es ist hinreichend bekannt, daß die Unternehmer die gegenwärtige Wirtschaftskrise benutzen möchten, um den Zwang der Tarifverträge zu beseitigen. Sie verlangen, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werde, mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Gewerkschaften, Sondertarife abzuschließen, die natürlich eine Verschlechterung für die Arbeiter und Angestellten im Gefolge haben. Haben sie die Tarife erst einmal an einer Stelle beseitigt und kommt ihnen die Gesetzgebung oder die Rechtsprechung der Schlichtungsausschüsse hierin entgegen, dann gibt es kein Halten mehr. Die Bochumer Handelskammer will den Tarifzwang beseitigt haben und stellt folgende Forderungen hierzu auf, nachdem über die Herabsetzung der sozialen Lasten gefalldert wurde:

„Nach wie vor erscheint es der Kammer notwendig, zur Ergänzung der bisherigen Regierungsmassnahmen dafür zu sorgen, daß auf solchen Werken und Betrieben, für die von seiten der Regierungsbehörde eine besondere Notlage als vorliegend anerkannt wird, von den Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit hinsichtlich der Fortführung und der Erhaltung der Betriebe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Betriebe zugelassen werden. Die Frage ist keineswegs eine Neuordnung. Die Rechtsprechung entscheidet heute schon vielfach im Sinne der Separatverständigung. Hier muß schleunigst für rechtliche Klarstellung auf gesetzlichem Wege gesorgt werden. Es muß in dieser Zeit alles vermieden werden, was zu weiteren Daseinsbeschränkungen von wirtschaftlichen Unternehmungen führt und die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit in den vorhandenen Betrieben auch unter zeitweilig abgeänderten Verhältnissen gegenüber der Allgemeinheit zuläßt. Wenn durch tatsächliche Sonderabmachungen tatsächlich Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können, so darf in einer Zeit wie der gegenwärtigen ein solches Mittel nicht unbenutzt bleiben.“

Würde dem Verlangen der Unternehmer in dieser Form stattgegeben, dann würde es keine Betriebe mehr geben, für die nicht „eine besondere Notlage als vorwiegend anerkannt“ würde. Darum darf an den jetzigen Verhältnissen nichts geändert werden, auch wenn dies den Unternehmern nicht gefallen sollte.

Arbeitszeit und Lohnhöhe. Anlässlich einer Lohnverhandlung wurde ein Werkdirektor darauf aufmerksam gemacht, daß die „angelegenen“ Facharbeiter eines Betriebes (bei achtstündiger Arbeitszeit) je Stunde erheblich mehr verdienen, als die gelehrten Facharbeiter bei der tariflich festgelegten aber längeren Arbeitszeit. Darauf bekam der betreffende zur Antwort: „Ja, man kann einen Verdienst durch 8, man kann ihn aber auch durch 10 teilen.“ Hierdurch wird wieder einmal bewiesen, daß die Unternehmer nicht so sehr

